

21.07.14 | In Wien in Haft

Das kafkaeske Schicksal des Deutschen Josef S.

Josef S. aus Jena soll die gewalttätigen Proteste gegen den von der rechten FPÖ organisierten Akademikerball angeführt haben. Der unbescholtene Deutsche weist das zurück. Sein Fall ist umstritten. *Von*

Elisalex Henckel

Als Josef S. am 24. Januar dieses Jahres in einen Bus Richtung Wien stieg, war er fest davon überzeugt, dass er zwei Tage später wieder in Jena sein würde. Er wollte in der folgenden Woche mit der Themensuche für seine Bachelorarbeit beginnen. Und sie im Sommer beenden. Er wollte in Wien ja bloß eine Demonstration besuchen – und hinterher vielleicht noch ein paar Freunde.

Fünfeinhalb Monate später befindet sich der 23 Jahre alte Student der Werkstoffwissenschaften immer noch in der österreichischen Hauptstadt. 22 Stunden seines Tages verbringt er in einer Zweimannzelle des "Grauen Hauses", so nennen die Wiener die Justizanstalt Josefstadt, das größte Untersuchungsgefängnis des Landes. Eine Stunde pro Tag darf er in einem kleinen Hof seine Runden drehen, eine weitere assistiert er als Ministrant bei der täglichen katholischen Messe.

Anfang der Woche kommen mindestens zwei Ausflüge in das mit dem Gefängnis verbundene Landesgericht für Strafsachen hinzu. Dort wird ab Montag gegen ihn ein Prozess wegen

versuchter schwerer Körperverletzung, schwerer Sachbeschädigung und Landfriedensbruch fortgesetzt. Die Verhandlung dürfte viel Beachtung finden, denn der Prozess gegen den gerichtlich bisher unbescholtenen Deutschen ist das erste und derzeit einzige gerichtliche Verfahren zur Aufarbeitung der zum Teil gewalttätigen Proteste gegen den Akademikerball.

Polizeiautos zertrümmert, Menschen verletzt

Diese offiziell von der FPÖ organisierte Veranstaltung gilt als Nachfolger des Balls des Wiener Korporationsrings (WKR), eines Dachverbands von Burschenschaften, der in der Vergangenheit unter anderem die Front-National-Chefs Jean-Marie und Marine Le Pen, den Kreml-Ideologen Alexander Dugin sowie NPD-Funktionäre und Holocaustleugner zum Tanz in die Wiener Hofburg lud. Das bescherte dem Ball den Ruf eines Vernetzungstreffens von Rechtspopulisten und -extremisten aus ganz Europa, den er trotz Umbenennung im Jahr 2012 nicht loswurde.

Die Front der Akademikerball-Kritiker war auch diesen Winter breit, sie reichte von Holocaustüberlebenden über kirchliche Gruppen bis hin zu linken und linksextremen Gruppen. Die Polizei mobilisierte auch unter Verweis auf die angekündigte Anreise deutscher Aktivisten in mehreren Bussen 2651 Beamte und riegelte die Wiener Innenstadt weiträumiger ab als beim Besuch des US-Präsidenten George W. Bush im Jahr 2006. Die Eskalation verhinderte das nicht: Ein kleiner Teil der mehr als 5000 Demonstranten zertrümmerte elf Polizeiautos, die Scheiben einer Polizeiwache und die Schaufenster mehrerer Geschäfte. Dabei wurden 20 Menschen verletzt, 15 festgenommen und ein Schaden im Wert von mehr als einer Million Euro verursacht.

"Humanistisch und katholisch erzogen"

Glaubt man der Wiener Staatsanwaltschaft, gehörte Josef S. zu den "Demonstrationssöldnern", die hinter den brutalen Ausschreitungen steckten. In der Anklage heißt es, S. habe mit "500 verummten, bis dato nicht ausgeforschten Mittätern, dem sogenannten Schwarzen Block", an einer "Zusammenrottung" teilgenommen, die auf Körperverletzungen und Sachbeschädigungen

abzielte, und dieser Menschenmenge Anweisungen gegeben. Außerdem habe er Pflastersteine und Mülleimer auf Polizisten geworfen sowie das Fenster und die Tür einer Polizeiwache eingeschlagen und ein Polizeiauto demoliert.

Der vermeintliche "Rädelsführer" des Schwarzen Blocks ist ein schlaksiger junger Mann mit verstrubbelten Haaren und feuchtem Händedruck. Josef S. trägt Brille, einen gestreiften Pullover und Hausschuhe aus Plastik. Seine Eltern, beides Ingenieure, haben zu Hause in Jena einem Reporter der "Ostthüringer Zeitung" erzählt, dass sie ihn "humanistisch und katholisch" erzogen hätten und er ein ruhiger Junge gewesen sei.

Motto der Demo verteidigt

Er selbst sagt, dass ihn das Rechtsrockfestival "Fest der Völker" politisiert habe. Dass es ein "Schock" gewesen sei zu erfahren, dass mit Ralf Wohlleben einer der Angeklagten im NSU-Prozess ganz in der Nähe von seinem Elternhaus gewohnt habe. Und dass er auch in Wien thematisieren wollte, wie tief Rassismus und Antisemitismus immer noch in der Gesellschaft verankert seien. Die Rechten seien schließlich auch über die Grenzen hinweg vernetzt.

Josef S. ist ein freundlicher junger Mann, der überzeugt ist, dass man "der rechten Hetze etwas entgegensetzen" müsse. Er verteidigt das umstrittene Motto der Demonstration, an der er teilnahm: "Unseren Hass, den könnt ihr haben". Den Einsatz von Gewalt halte er jedoch nur in Form von Notwehr für legitim, ohne freilich zu präzisieren, was er darunter versteht. Zu den Vorwürfen der Anklage könne er nur sagen, was er bereits vor dem Richter gesagt habe: "Ich habe weder Mülltonnen noch Steine geworfen und auch keine Scheiben eingeschlagen."

Der erste Verhandlungstag fand Anfang Juni statt. Josef S. bekannte sich nicht schuldig. Sein Anwalt Clemens Lahner sagte, dass Tausende Bilder und Videos ausgewertet worden seien, aber keines davon seinen Mandanten beim Begehen einer Straftat zeigen würde. In einem Beitrag des ORF ist er zwar mit einem Mülleimer zu sehen – doch er wirft ihn nicht, sondern stellt ihn vielmehr wieder auf. Lahner wies außerdem darauf hin, dass der Zivilpolizist, auf dessen Aussagen die schwerwiegendsten Vorwürfe der Anklage beruhen, diese zum Teil bereits zurücknehmen musste. So hatte etwa ein von Lahner beantragtes Stimmgutachten

ergeben, dass es nicht S. war, der auf einem Handyvideo des Polizisten dabei zu hören war, wie er die Menge mit den Worten "Tempo, Tempo" antrieb.

Kapuzenpulli mit auffälligem Schriftzug

Der Hauptbelastungszeuge beharrt jedoch darauf, dass er gesehen habe, wie Josef S. Steine auf Polizisten geworfen und anschließend eine Polizeiwache und ein -auto demoliert habe. Die Beweislage habe sich "erhärtet", lautete schließlich das Fazit des Richters. Einen Enthaftungsantrag der Verteidigung lehnte er erneut ab.

Josef S. glaubt, dass er dem Polizisten aufgrund seiner 1,95 Meter Körpergröße und eines Kapuzenpullover mit dem auffälligen Schriftzug "Boykott" – der Künstlernamen eines linken Rappers aus Wilhelmshaven – in Erinnerung geblieben sei. Und dass die Justiz jetzt nicht von ihm ablasse, weil sie der Öffentlichkeit einen Schuldigen für die Ausschreitungen jener Januarnacht präsentieren müsse: "Wenn es nach einem Sachschaden von einer halben Million keine Anklage gibt, fragt man sich doch, was Polizei und Justiz an dem Tag gemacht haben."

Sein Fall schlägt längst auch Wellen außerhalb des Gerichtssaals. Der Bürgermeister von Jena, Albrecht Schröter (SPD), hat Josef S. einen Preis für Zivilcourage verliehen. Wissenschaftler, Gewerkschafter und NGO-Vertreter aus Österreich und Deutschland bezeichneten ihn in einem offenen Brief an den Justizminister als "Bauernopfer" eines misslungenen Polizeieinsatzes; Aktivistenkollegen organisierten Unterstützungsveranstaltungen.

Sechs Monate Haft für einen Unbescholtenen?

In der österreichischen Politik fachte der Fall zudem eine Debatte über den Tatbestand des Landfriedensbruchs neu an, der das "wissentliche Teilnehmen an einer 'Zusammenrottung', die auf Mord, Totschlag, Körperverletzung oder schwere Sachbeschädigung abzielt", unter Strafe stellt: Die Grünen sehen darin ein mögliches Instrument zur Kriminalisierung unliebsamen politischen Protests und stellten einen Antrag auf Abschaffung, die Sozialdemokraten verlangen

eine Präzisierung, auch der von der konservativen ÖVP nominierte Justizminister kann sich inzwischen eine Überarbeitung vorstellen.

Die Staatsanwälte wollen jedoch nicht ohne Weiteres auf den Paragraphen verzichten. Der Strafrechtsprofessor Helmut Fuchs hält den Straftatbestand des Landfriedensbruchs ebenfalls für notwendig, "um gegen Teilnehmer gewalttätiger Demonstrationen vorgehen zu können, die nicht unmittelbar selbst Gewaltdelikte begehen, diese aber durch ihre Teilnahme mittelbar unterstützen und die Verhinderung und Verfolgung der Straftaten erschweren". Die derzeitige Regelung sollte aber anhand der aktuellen Fälle überprüft werden.

Der umstrittene Paragraph ist auch jener, der Josef S. die größten Sorgen bereitet. "Auch wenn am Ende klar wird, dass ich selber gar nichts getan habe, könnte ich immer noch wegen Landfriedensbruch verurteilt werden", sagt Josef S. Die Hoffnung, möglichst bald wieder auf freiem Fuß zu sein, hat er aber dennoch: "Sechs Monate Haft bei Landfriedensbruch wäre sowieso schon hart für einen Unbescholtenen."

Seine beiden Nichten haben ihn zu ihrem gemeinsamen Geburtstag Anfang August eingeladen. Sie wollen in den Zoo gehen. Josef S. hofft, dass er bald zusagen kann.

© Axel Springer SE 2014. Alle Rechte vorbehalten

Partner von
Miles & More
Lufthansa

Sichern Sie sich jetzt 8.000 Prämienmeilen!

Jetzt sichern!